# Das Ja von Industrie und Handel

Die Vorstände des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Wirtschaftsausschusses der besetzten Gebiete einschließlich der Landwirtschaft, haben sich in gemeinsamer Sitzung für die Annahme des Londoner Protokolls erklärt. Mit 100 gegen 3 Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

**„Trotz alledem glauben wir unter dem schweren Druck der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage, vor allem bei der Unhaltbarkeit der Zustände im besetzten Gebiet, die Verantwortung für eine Ablehnung des Londoner Abkommens und die sich aus ihr ergebenden wirtschaftlichen und politischen Folgen nicht übernehmen zu können und müssen uns daher zur Empfehlung der Annahme entschließen."**

# Held stimmt zu

**München**, 23. August. (Eig. Drahtb.) Am Sonnabend erstattete der bayerische Ministerpräsident im Zwischenausschuß des Landtages einen Bericht über die Ministerpräsidentenkonferenz und teilte gleichzeitig die Haltung seiner Regierung zu den Londoner Vereinbarungen mit. Held führte u. a. aus: Ihr liegen aus der Pfalz und dem übrigen Rheinland zahlreiche Stimmen vor, die dringend ersuchen, bei der Entscheidung nur von kühlen Erwägungen auszugehen. In der Tat kann bei Berücksichtigung aller Umstände dem Londoner Abkommen die Zustimmung nicht versagt werden. Wer hier Nein sagt, muß einen besseren Weg angeben können. Wenn der Reichstag die Dawes-Gesetze verabschiedet, so werden daraus so lange keine Verpflichtungen für das deutsche Volk entstehen, als nicht die 800-Millionen-Anleihe sichergestellt ist. In der sehr wichtigen Eisenbahnfrage hat das Organisationskomitee leider mit großer Mehrheit beschlossen, daß Bayern eine eigene Betriebsgesellschaft nicht zugebilligt werden kann. Angesichts dieses Beschlusses war es unmöglich, daß Bayern dem Eisenbahngesetz seine Zustimmung gab. Wenn ich aber Nein gesagt hätte, so hätte ich das Ganze auf das Spiel gesetzt. Bayern hat deshalb seine Ansprüche keineswegs aufgegeben. Mit dem Reich sind Abmachungen getroffen worden, die eine bayerische Eisenbahnverwaltung in Form einer Aktiengesellschaft auch jetzt noch ermöglichen. Es ist außerdem gelungen, die Reichsregierung zu veranlassen, den bayerischen Standpunkt betreffend die bayerischen Eisenbahnen für sie als verpflichtend anzuerkennen.

Den Völkischen, die den Ministerpräsidenten in einem Briefe daran erinnerten, daß er als Abgeordneter für die Selbständigkeit der bayerischen Bahnen eingetreten sei, erwiderte Held, daß er allerdings stets die bayerischen Interessen vertreten habe. Es sei ihm aber nicht möglich gewesen, in einem Augenblicke, wo es sich um Leben und Sterben des deutschen Volkes handelte, ein Werk zu verhindern, dessen Ablehnung zu einer Katastrophe für ganz Deutschland führen könne. Er könne es nicht mit seinem Gewissen verantworten, Nein zu sagen. Schwer bedrücke es ihn, daß so viele in Deutschland auch heute noch die Dinge vom engherzigen Parteistandpunkt aus betrachten. Seine Auffassung sei vom gesamten bayerischen Ministerium und auch von den Vertretern der Koalitionsparteien (also auch von den Deutschnationalen?!) gebilligt worden.

In der Aussprache erklärte der Abg. Timm (Soz.) sich für die Annahme des Londoner Abkommens. Die Völkischen und Kommunisten lehnten es ab.

# Die Erzbergermörder

Am 26. August (also morgen) vor drei Jahren ist im Walde bei Griesbach der ehemalige Reichsfinanzminister Erzberger auf einem Spaziergang mit seinem Freunde, dem Reichstagsabgeordneten Dietz, meuchlerisch ermordet worden. Dieser rücksichtslose Mord war ebenso wie die Ermordung Rathenaus eine Folge der maßlosen Hetze der Kreise, die in der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschvölkischen Partei vertreten sind. Die Hauptargumente dieser Hetze waren, daß Erzberger den Sturz der deutschen Monarchie herbeigeführt habe und durch die Unterzeichnung des Waffenstillstandes Deutschland verraten und auf Gnade oder Ungnade an Frankreich ausgeliefert habe. Ueber die erste Behauptung lohnt es sich nicht, ein Wort zu verlieren, und den Waffenstillstand hat Erzberger erst unterzeichnet, nachdem er ausdrücklich durch den Feldmarschall von Hindenburg und die Reichsregierung dazu ermächtigt war. Für die maßlose Hetze gab es keine sachlichen Argumente, sie wurde auch im Grunde nur darum entfacht, weil Erzberger diesen Kreisen reichlich unbequem erschien und weil er insbesondere durch seine Steuerpolitik unerschrocken und rücksichtslos den Besitz zu den Lasten des Staates herangezogen hat.

Jetzt nach drei Jahren ist es erst gelungen, seine Mörder, die damals mit Unterstützung der Leute aus dem rechtsradikalen Lager über die Grenze fliehen konnten, in Budapest zu finden. Ob die Schulz und Tillessen ausgeliefert werden und der Bestrafung in Deutschland zugeführt werden können, ist allerdings eine Frage, die erst nach Abschluß der deutsch-ungarischen Auslieferungsverhandlungen beantwortet werden kann.

•

## Die Mörder festgestellt!

**Wien, 23. August. Die von der deutschen Regierung nach Budapest entsandten zwei Kriminalbeamten haben heute bei der Gegenüberstellung mit dem angeblichen Heinrich Förster in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise festgestellt, daß er mit dem Mörder Heinrich Schulz identisch ist. Das rief eine allgemeine Sensation hervor. Der zweite verdächtige Reichsdeutsche, der sich den Namen Schneider beigelegt hat, ist wahrscheinlich mit dem zweiten Mörder Erzbergers, Tillessen, identisch. Der dritte Verdächtige, der sich den Namen Mayer beilegte, dürfte bei dem Morde nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Die Feststellung, daß der angebliche Heinrich Förster tatsächlich der Erzberger-Mörder Heinrich Schulz ist, wurde sofort der deutschen Polizei übermittelt, die im Namen der deutschen Regierung die Auslieferung verlangte.**

Die Budapester Stadtbehörde gibt bekannt, daß sie die Feststellungen der deutschen Beamten durch die Staatsanwaltschaft prüfen lassen werde. Sie habe den Verhafteten dem Staatsanwalt übergeben.

Ein Telegramm der Wiener Arbeiterzeitung aus Budapest besagt: Nachdem die deutschen Kriminalbeamten in dem sich in Haft befindlichen angeblichen Heinrich Förster den einen Erzberger-Mörder Heinrich Schulz erkannt hatten, wendet sich das Interesse den zwei andern Gästen des Abgeordneten Gömbös zu. Der eine, der angebliche Heinrich Schneider, der sich, wie es sich jetzt herausstellt, mit der Schwester des Abgeordneten Gömbös verlobt hat, befindet sich noch immer in der Villa von Nagytetenye. Der dritte Gast, der sich Konrad Mayer nannte, ist aber verschwunden. Den deutschen Kriminalbeamten wurde aber seine Personsbeschreibung und auch seine Unterschrift, mit der er bei seiner Einvernahme bei der Polizei das Protokoll unterfertigte, vorgelegt, auf Grund deren sie zur Ueberzeugung kamen, daß der angebliche Konrad Mayer mit dem zweiten gesuchten Mörder, mit Heinrich Tillessen identisch ist. Mayer-Tillessen war im Besitz eines rumänischen Reisepasses, aber es ist unwahrscheinlich, daß er Ungarn verlassen hat, man nimmt vielmehr an, daß er sich bei einem andern „Erwachenden", vielleicht in der Umgebung von Perskamet, versteckt hat.

# Dinters Maßregelung

**Weimar**, 22. August. (Eig. Drahtber.) Mit der auf dem Parteitag der Nationalsozialisten beschlossenen Einigung der Völkischen hat es seine eigene Bewandtnis. Die Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Gruppen über die Taktik der Partei sind so groß, daß sie kaum überbrückt werden können. Die Meldung, daß der Vorsitzende der Völkischen Landtagsfraktion in Thüringen, Dr. Dinter, den Vorsitz niedergelegt habe, muß immerhin dahin richtiggestellt werden, daß Dinter das Amt nicht niedergelegt hat, sondern dazu gezwungen worden ist in einer Sitzung, an der auch Ludendorff teilgenommen hat. Es handelt sich daher um eine regelrechte Maßregelung. Bei Wiederzusammentritt des thüringischen Landtages wird die nationalsozialistische Fraktion, an deren Spitze jetzt sehr unbedeutende Größen stehen, eine Erklärung über ihre neue Führerschaft abgeben. Ausgeschlossen erscheint es nicht, daß Dinter überhaupt zur Niederlegung seines Mandates als Abgeordneter des Thüringer Landtages veranlaßt wird, da er sich durch seinen unparlamentarischen Radikalismus die Sympathie selbst seiner Getreuesten verscherzt hat. Vorerst ist er auf die Stufe eines völkischen Parteisekretärs herabgedrückt worden.

# Für die deutsche Demokratie

## Löbe und Wirth in Bern

Sch. **Bern**, 23. August. (Eig. Drahtber.) Die Sonnabendtagung der Interparlamentarischen Konferenz wurde mit der Verlesung eines Briefes von dem amerikanischen Präsidenten Coolidge eingeleitet. In diesem Briefe wird die nächste Tagung der interparlamentarischen Union nach Washington eingeladen. Die Konferenz nahm diese Einladung für das Jahr 1925 einstimmig an. Dann kam Genosse Löbe zu Wort. Er begrüßte in einer bedeutsamen Rede das Ergebnis der Londoner Konferenz und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Reichsregierung an das Volk appelliert, wenn der Reichstag die zu verabschiedenden Gesetze ablehnt. Als er diese Forderung in die Form kleidete, daß auch für das besetzte Gebiet der Schiedsgerichtsgedanke gelten müsse, da die dortige Bevölkerung keinen andern Rechtsweg besitze, wurde ihm stürmischer Beifall zuteil. Löbe brachte zum Schluß seiner Rede die Hoffnung zum Ausdruck, daß die auswärtige Politik aller Staaten bald durch die Interparlamentarische Union kontrolliert werde und Amerika wie Deutschland bereits im nächsten Jahre dem Völkerbunde angehören.

Auch die Rede des früheren Reichskanzler Dr. Wirth, die einen starken politischen Charakter trug, wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Wirth erklärte, daß der Friedenswille der deutschen Demokratie Mitteleuropa vor dem Chaos gerettet habe und wahrscheinlich später doch einmal die Leistungen des deutschen Volkes gerechter beurteilt werden als es heute der Fall sei. Deutschland und Frankreich seien aufeinander angewiesen, und deshalb sei es Zeit, daß der Geist des gegenseitigen Hasses endlich verschwinde. Die deutsche Demokratie arbeite trotz allen Enttäuschungen dafür, daß die Reparationsfrage im Sinne der Oekonomie und nicht im Geiste des Hasses gelöst werde. Wirth sprach dann seinen Dank aus für die amerikanische Wiederaufbauhilfe und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Dawes-Plan im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen durchgeführt werde, da sonst radikale Mächte alles zerstören würden. Er schloß mit einem stürmisch aufgenommenen Appell an ganz Europa, die schwere Arbeit der deutschen Demokratie zu unterstützen und insbesondere an beiden Ufern des Rheins für den Frieden in Europa und die wahre Demokratie zu wirken.

# Wer verscharrte Matteottis Leiche?

**Rom**, 25. August. (Eig. Drahtm.) Das Geheimnis der Ermordung Matteottis ist noch keineswegs gelüftet. Der neuerdings geäußerte Zweifel, daß der gefundene Tote mit Matteotti identisch ist, wird von den Freunden Matteottis bekämpft. Zwar sei der Kopf sehr verstümmelt gewesen, so daß weder die Züge Matteottis noch die Schädelform erkenntlich gewesen sei. Es sei jedoch außer jedem Zweifel, daß es sich um Matteotti handle. Dagegen sei es wirklich zweifelhaft, ob Matteotti kurz nach der Tat und von den Tätern selbst begraben worden ist. Es bestehe ausreichender Grund für den Verdacht, daß Komplicen der Täter nach deren Verfolgung und Ergreifung die Leiche verscharrt haben. Die Polizei müsse daher nach diesen Verbrechern suchen, die den Leichnam so lange versteckt gehalten haben. Ueber den Erfolg der Untersuchung gegen die mutmaßlichen Täter erfährt die römische Oeffentlichkeit so gut wie gar nichts. Dagegen sind die Zeitungen jeden Tag mit Betrachtungen über das Verbrechen und die Verbrecher gefüllt.

•

Die Unruhen, die sich am Sonntag vor acht Tagen an das Verbot der Versammlung der Opposition in Neapel angeschlossen haben, sind insofern von Bedeutung, als die Ausschreitungen von der faschistischen Miliz begangen wurden, der die hohe Regierungsweisheit des Regimes den öffentlichen Ordnungsdienst anvertraut hatte. Ein neunundsiebzigjähriger Herr, der sich auf die Stufen einer Kirche geflüchtet hatte, wurde dort von faschistischen Wehrmännern und andern Faschisten niedergeknüppelt. Als ihm eine Schar Kriegskrüppel zu Hilfe eilte, wurden auch diese von der Miliz mißhandelt, während die Polizei gleichgültig zusah. Als zwei Kompanien Bersaglieri eingriffen, wurden sie von der Menge unter dem Rufe: „Es lebe das Heer, es lebe die Freiheit!" jubelnd begrüßt, gleichsam als Sinnbild des Schutzes gegen die Fremdherrschaft. Die Offiziere wurden umarmt, was die Miliz zu besonders scharfem Vorgehen veranlaßte.

Der Zwischenfall hat große Bedeutung, denn er beweist, daß heute die Bevölkerung — und das nicht nur in Neapel — in dem aus dem ganzen Volke gebildeten Heere die Gewähr von Recht und Gesetz sieht, im Gegensatz zur Parteimiliz. Man wird gut tun, diesen Zwischenfall in Zusammenhang zu bringen mit der unlängst bekanntgewordenen Tatsache, daß das italienische Heer jetzt, nach der Entlassung des jüngsten Jahrganges, nur noch wenig mehr als hunderttausend Mann geschulter Truppen hat, außerdem sechzigtausend über das ganze Land verteilter Karabinieri. Demgegenüber stehen dreihunderttausend Wehrmänner der faschistischen Miliz, von denen sich allerdings bei dem letzten Aufgebot nur siebzehn bis dreißig Prozent eingestellt haben sollen. In Neapel drangen die Faschisten unter dem Rufe vor: „Es lebe Mussolini! Nieder Matteotti!" Als ein unbegreiflicher Mißgriff der Behörden muß es angesehen werden, daß sich einige fünfzig Angehörige der faschistischen Knabenorganisation, Bürschchen von vierzehn bis sechzehn Jahren, mit dem Revolver in der Hand in den Straßen Neapels breitmachten. Als „Dessert" der Straßenexzesse haben dann die Faschisten noch zum Schluß die Parteisektion der Einheitssozialisten verwüstet, nachdem sie vor den Redaktionen der Oppositionsblätter Karabinieri vorgefunden hatten.

# Kommunisten für London

Die gerissensten parlamentarischen Schieber der Deutschnationalen bemühen sich trotz der anscheinend so „festen Haltung" ihrer Fraktion und der fortgesetzten Beteuerung, daß sie nicht umfallen, immer noch um irgendeinen Ausweg, auf dem die Sachverständigengesetze mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden, ohne daß die ganze Fraktion offiziell für die Annahme festgelegt wird. Die Kommunisten beteuern indessen, daß sie jede deutschnationale Schiebung verhindern und dafür sorgen werden, daß die Gesetze zu Fall kommen. Aber sicher ist, daß man sich innerhalb der kommunistischen Fraktion ernsthaft mit dem Gedanken beschäftigt hat, **Abkommandierungen vorzunehmen, die eine Annahme des Gesetzes ermöglichen, denn auch den Kommunisten bangt vor einem Wahlkampfe.** Sowohl sie wie unsre schwarzweißroten Volksverderber sind innerlich davon überzeugt, daß es zur Rettung des Volkes tatsächlich keinen andern Ausweg gibt als die Annahme der Londoner Abkommen, aber sie möchten die Verantwortung andern Parteien überlassen, um noch einmal einige Jahre frischfröhliche Demagogie betreiben zu können: Die Völkischen und die Deutschnationalen, indem sie den Dummen, die leider nicht alle werden, geheimnisvoll vorzaubern, sie hätten irgendwelche, einstweilen noch geheime Pläne zur Rettung Deutschlands, die sofort offenbart würden, wenn ihre Mitglieder auf den Ministersesseln und Präsidentenstühlen der Republik Platz genommen haben; die Kommunisten, indem sie glauben, politischen Kindern das Märchen von dem russischen Wunder erzählen zu können, daß eines schönen Tages mit dem Tschingdada der Roten Armee sich das Heil Deutschlands über uns ergießen werde. Kommt es zum Wahlkampf, so wird sich die sozialistische Front gegen diesen völkisch-nationalistisch-kapitalistisch-kommunistischen Block politischer Jahrmarktschreier und Wundermänner richten müssen.

Immerhin können die Deutschnationalen und die Völkischen für sich in Anspruch nehmen, daß sie ihren Schwindel jahrelang mit eherner Konsequenz vorgetragen haben. Dagegen sind die kommunistischen Führer Koenen, Stoecker, Eichhorn, Malzahn, Katz und sonstige Größen ihrer Partei, soweit sie überhaupt nicht erst seit jüngster Zeit in der Arbeiterbewegung gelandet sind, durch sich selbst zu entlarven. Diese Herren waren im Frühling 1919 samt und sonders führende Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands. Damals stand die deutsche Politik vor einer ähnlichen Entscheidung wie jetzt: Annahme oder Ablehnung des Versailler Vertrages, der allerdings ein glattes kapitalistisches Diktat ohne jede Verhandlung mit Deutschland war. Wie verhielten sich damals die jetzigen Herren Kommunisten? Sie verlangten mit ihrer gesamten Partei die Unterzeichnung des Versailler Diktatfriedens. Keiner von ihnen hat in der damaligen U. S. P. sich gegen die Unterzeichnung dieses Friedensvertrages verwahrt. Am 12. Mai 1919 veröffentlichte die Freiheit einen von der Gesamtpartei gebilligten Aufruf des Zentralkomitees der U. S. P. D., in dem erklärt wurde, daß nichts andres übrig bleibe, als sich dem Zwange zu fügen und den Vertrag zu unterzeichnen. Wörtlich heißt es dann:

> Nichtunterzeichnung bedeutet die Zurückhaltung unsrer Kriegsgefangenen, die Besetzung unsrer Rohstoffgebiete, die Verschärfung der Blockade, bedeutet: Arbeitslosigkeit, Hungersnot, Massensterben, bedeutet eine entsetzliche Katastrophe, die erst recht den Zwang zur Unterzeichnung herbeiführt. Es sind die Proletarier, die am furchtbarsten unter den Folgen zu leiden hätten.

Das sind Worte, die aufs Haar genau auf die jetzige politische Lage passen. Die heutigen Kommunisten wußten damals auch sehr genau, daß friedliche Verhältnisse für die Machtentwicklung der Arbeiterklasse notwendig sind. In dem Aufruf heißt es nämlich:

> Der Frieden, so hart und drückend er auch sein mag, ist notwendige Voraussetzung für die Lebensmöglichkeit sowie für den Aufbau unsers Gesellschafts- und Wirtschaftslebens.

Keiner der jetzigen Kommunisten erhob sich damals gegen die „Versklavung an das internationale Kapital"! Im Gegenteil, die Koenen und Stoecker, Malzahn, Paul Hoffmann, Arendsee, Katz sprachen in Berlin und anderwärts begeistert für die bedingungslose Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Ihnen ging die Unterwerfung gar nicht rasch genug. Sie warfen täglich den Rechtssozialisten „Nationalismus" vor, weil ihnen die Unterzeichnung des Gewaltfriedens etwas schwerer fiel. Für zwei der jetzigen Hauptschreier gegen das Londoner Abkommen liegt ihre Stellung zum Versailler Vertrag parlamentarisch fest. Koenen hat in der Nationalversammlung zu Weimar für den Friedensvertrag gestimmt, und Stoecker war Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie in der Preußischen Landesversammlung. Diese Fraktion erließ eine Erklärung mit folgenden Kernsätzen:

> Wir fordern eine wesentliche Milderung der Friedensverträge, aber wir können die Verantwortung nicht übernehmen, den Friedensvorschlag der Entente abzulehnen, auch wenn er nicht wesentlich gemildert wird. Wir würden sonst selbst dazu beitragen, daß Hunderttausende deutscher Kriegsgefangenen noch nicht zurückkehren; daß das deutsche Volk dem Hunger und der Arbeitslosigkeit noch mehr ausgeliefert wird. Die Bourgeoisie weiß sich zu schützen, auch wenn die Massen hungern, diese aber werden dem Elend und der Hungersnot preisgegeben.

In der Erklärung folgt dann der Ruf an die Sozialistische Internationale, der deutschen Arbeiterschaft gegen die Knechtung durch die Ententeländer zu helfen, ein Ruf, der heute noch so notwendig ist wie damals. Die jetzigen kommunistischen Führer verlangten damals sogar den Generalstreik, um die Regierung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages zu zwingen. Durch ihre eigenen Worte ist festgestellt, daß ihre heutige Politik eine Arbeit gegen die Interessen der Arbeiter ist.

Die Londoner Abkommen sind nichts andres als Ausführungsbestimmungen zu wichtigen Teilen des Versailler Friedensvertrages, der mit Hilfe der jetzigen Kommunistenführer Gesetz geworden ist. Ihre Opposition gegen London ist also Heuchelei und Schauspielerei. Hätten sie damit Erfolg, so würden sie die Massen „dem Elend und der Hungersnot preisgeben."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240825/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG